



ATOMMÜLL OHNE ENDE ZUR NOTWENDIGKEIT VON WORTKLAUBEREI ALS INTERVENTION



Schafe auf der „Grünen Wiese“ am AKW Unterweser (Mehr zum Begriff „Grüne Wiese“ auf Seite 4)

„Die Endlagerfrage ist das letzte Relikt des Großkonflikts Kernkraft. Der Atomausstieg ist beschlossen. Doch ohne Einigung für eine Ruhestätte für den AKW-Müll ist die Energiewende nicht komplett.“
Financial Times Deutschland, 6.8.2012

Im Sommer 2011 entschied die schwarzgelbe Bundesregierung acht Atomkraftwerke stillzulegen. Sie löste damit zwei politische Probleme. Zum einen nahm sie der „Nach-Fukushima-Anti-AKW-Bewegung“, die sich vor allem gegen das GAU-Risiko von AKW richtete, die Spitze. Zum anderen befriedete sie die parlamentarische Opposition, insbesondere die Grünen.

Stand der Bewegung: Verschiebung der Auseinandersetzung

Mit dem heftigen Widerstand gegen den Castortransport nach Gorleben 2011 wurde jedoch deutlich, dass das „Endlagerproblem“ in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch eine offene Flanke der Atomindustrie und der sie vertretenden Parteien darstellt. Der Anti-Castor-Widerstand fand erneut einen vorläufigen Höhepunkt. Nun, da bis etwa 2015 keine weiteren Transporte nach Gorleben stattfinden

werden, ist an den Gleisen und in den Wäldern erst einmal Pause. Damit bricht eine sich seit 2008 überaus dynamisch und erfolgreich entwickelnde Bewegungsphase zwar jäh ab, der Konflikt um den Betrieb der Atomanlagen setzt jedoch nicht aus, im Gegenteil. Von Seiten der Atomindustrie und der Parteien wird mit Hochdruck an einer „Entsorgung“ des „Endlagerproblems“ gearbeitet, denn mit einem Konsens in dieser Frage, so Jürgen Trittin gegenüber dem Spiegel am 11.11.2011, sei „der letzte große Streitpunkt in der Atompolitik beseitigt.“

Der „Endlager-Diskurs“: mehr als nur Gerede

Die Auseinandersetzung verschiebt sich also zeitweise von der Straße auf den Diskurs um das „Endlager“. Reden wird nicht selten als harmlosere Alternative zum Handeln empfunden. Doch das Reden über den Umgang mit Atommüll im aktuellen „Endlager-Diskurs“ ist eine zentrale Plattform der politischen Auseinandersetzung. Die große Wirkung von Diskursen [siehe Kasten] wird hier beispielhaft deutlich. Durch das Reden über ein „Endlager“ wird die Idee eines „Endlagers“ entwickelt,

verbreitet und verankert. Jedes Mal, wenn der Begriff benutzt wird, gewinnt die Position, es könne einen abschließenden Umgang mit dem nuklearen Erbe überhaupt geben, an Normalität. In 24.110 Jahren wird die Radioaktivität des in den Castorbehältern eingeschlossenen Plutoniums 239 um die Hälfte abgeklungen sein. Im Vergleich ist das ein Klacks: Uran 235 – unabdingbar beim Betrieb von Atomanlagen – halbiert sein Gefahrenpotenzial beispielsweise erst in 703.800.000 Jahren. Allerdings: Auch in 24.000 Jahren verändert sich die Welt dramatisch. Plutonium, wäre es angefallen während die letzte Eiszeit gerade auf ihrem Höhepunkt und Großbritannien noch zu Fuß zu erreichen war, wäre auch heute noch ein tödlich strahlender Stoff. Es ist glasklar: Das Ende der Gefährdung durch Radionukleide ist in Zeiträumen menschlichen Ermessens schlechterdings nicht erreichbar.

Der Begriff „Endlager“, so häufig, geläufig und unhinterfragt wie wenige zum Thema Atomenergie, suggeriert allerdings das genaue Gegenteil. Das „Endlager“ wird als Ort beschrieben, an dem sich die radioaktiven Hinterlassenschaften der Atomanlagen und

mit ihnen das gesamte Problem für die „Ewigkeit“ wegschließen lassen. Und auch wenn die dramatischen Zustände in der Asse zeigen, dass „Ewigkeiten“ mitunter nicht länger als 40 Jahre dauern: Die Verheißung des Begriffs verfängt in der öffentlichen Wahrnehmung auf bemerkenswerte Weise. Warum?

Die Verheißung der Lösbarkeit

Ein Grund könnte es sein, dass in dieser naturwissenschaftlich-technisch geprägten Gesellschaft die Unlösbarkeit eines existierenden Problems undenkbar ist. Spätestens seitdem „wir zum Mond fliegen“ ist der Wunsch, die Natur nicht nur zu verstehen, sondern sie zu beherrschen,

gesellschaftlich immanent. Mit den „richtigen“ Expert_innen, viel Engagement und einer guten Finanzierung scheint alles machbar zu sein. Jedes Scheitern wird Mängeln an diesen Punkten zugeschrieben, nicht der Unlösbarkeit des Problems selbst. Auch Anti-Atom-Initiativen argumentieren bisweilen in diesem Spannungsfeld und stellen die technische Machbarkeit nicht grundsätzlich in Frage.

Eine andere Erklärung für die Popularität des Begriffs ist, dass er an dem Wunsch der Menschen ansetzt, sich das Problem vom Hals zu schaffen. Das Bedürfnis nach „Entsorgung“, einem „Sich-der-Sorge-entledigen“ ist angesichts der beschriebenen Zeit-

räume und Gefahren riesig und es wächst mit der Menge des besorgniserregenden Materials. Denn dass ein reales materielles Problem existiert, kann nicht geleugnet werden, und wie weitgreifend dieses Problem in zeitlicher Dimension ist, überschreitet das menschliche Vorstellungsvermögen. Diese hässliche Tatsache kann zuweilen nur ertragen werden, wenn sie aus dem alltäglichen Leben verdrängt wird, auch wenn dieser psychische Mechanismus der Illusion des rationalen Subjekts widerspricht. Grundsätzlich jedoch herrscht ein Bewusstsein darüber, dass das Problem existiert. An diesem Punkt setzt der Begriff „Endlager“ an, der Lösbarkeit verspricht. Wider besseren Wissens

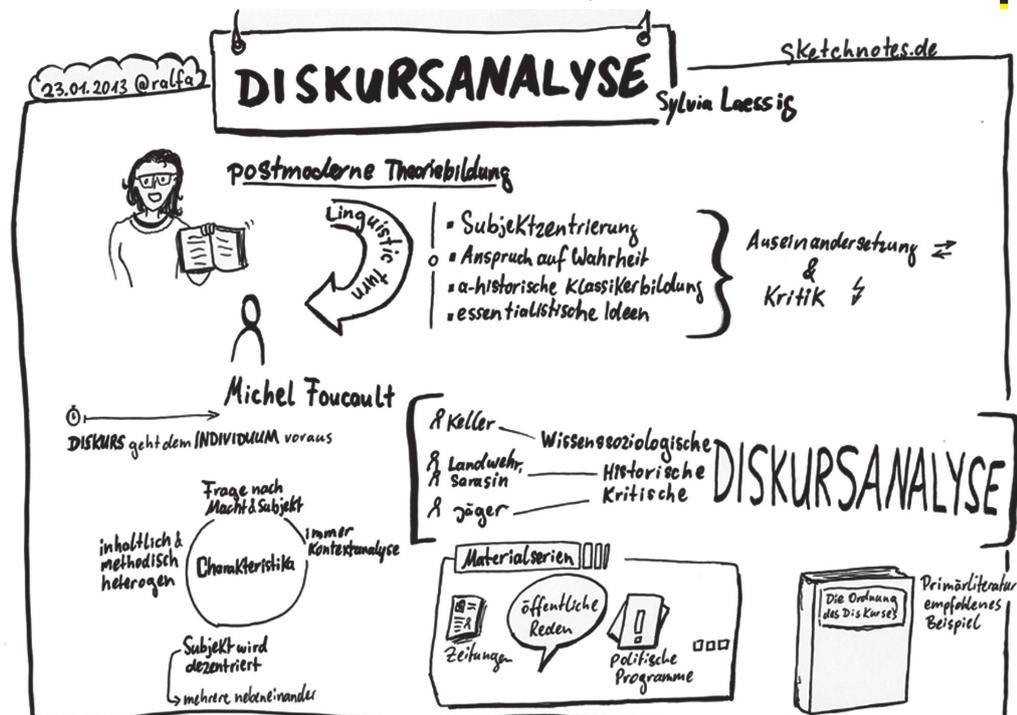
ZUM BGRIF DISKURS NACH FOUCAULT

Im Sinne des französischen Philosophen Michel Foucaults versteht man unter einem Diskurs die Praxis des Denkens, Schreibens, Sprechens und auch des Handelns zu einem bestimmten Themengebiet. Jeder einzelne Diskurs umfasst die Gesamtheit der Aussagen zu seinem Themengebiet, gleich ob sie mündlich oder schriftlich, verbal oder non-verbal gemacht werden. Er befasst sich mit seinen Gegenständen und Begriffen und bringt sie damit zugleich selbst systematisch hervor (z.B. den Begriff und die Idee eines „Endlagers“) Es gibt Diskurse überall: In wissenschaftlichen, politischen, aber auch literarischen und künstlerischen Kontexten. Kein Themengebiet kann außerhalb von ihnen behandelt werden.

Doch diese Praxis ist nicht frei. Denn ein Diskurs entwickelt – abhängig von der jeweiligen historischen Epoche und dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext – eigene Regeln, die festlegen, was und wie gedacht, geschrieben und gesprochen werden kann. Er kategorisiert die Aussagen seiner Subjekte in wahr oder unwahr bzw. regelgetreu oder regelwidrig. Dabei haben nicht

alle Subjekte die gleichen Rechte, sich zu äußern. Das macht deutlich, dass Diskurse immer mit Macht durchzogen sind. (Macht ist für Foucault keine zentralisierte Instanz, sondern eine dezentralisierte Kraft, die alle gesellschaftlichen Bereiche und alle Subjekte durchzieht und hervorbringt, ohne dass sich die Subjekte dessen bewusst sind.) Dennoch sind die Subjekte den Diskursen nicht machtlos ausgeliefert. gerade die Analyse der herrschenden Diskurse und die Selbstreflexi-

on der eigenen (Sprecher_innen-) Position eröffnen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Intervention und Veränderung. Denn der „Diskurs – dies lehrt uns immer wieder die Geschichte – ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, derer man sich zu bemächtigen sucht.“ (Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Paris 1972, S. 11.)



wird seine Verheißung dann gerne geglaubt, weil unlösbare Probleme in diesem Ausmaß vor allem zu Ohnmachtsgefühlen führen. Es gilt für die Anti-Akw-Bewegung, diese Gefühle ernst zu nehmen, sich dabei aber von ihnen nicht bestimmen zu lassen, sondern Handlungsfähigkeit zu entwickeln, die zu Widerstand gegen die Atomenergie führt. Dazu gehört es einerseits, das Reden über ein „Endlager“ von Seiten der Verantwortlichen als eine Diskursintervention von oben zu kritisieren und andererseits die Unmöglichkeit, sich des „nuklearen Erbes“ zu entledigen, wieder verstärkt ins Bewusstsein zu rücken und damit auf gegenteilige Weise selbst in den Diskurs einzugreifen.

FÜR EINE GESELLSCHAFT, IN DER ATOMANLAGEN NICHT MÖGLICH SIND!

Mit unseren Texten wollen wir gesellschaftliche Auseinandersetzungen aus unserer Sicht beleuchten. Wir benennen dabei Akteure, Strukturen und Techniken in Diskursen. Damit wollen wir deren Wirken in den Blick rücken. Wir hoffen, mit unseren Beiträgen die Bedingungen, unter denen die Anti-AKW-Bewegung agiert, begreifbarer zu machen, und wollen gemeinsam mit anderen daraus

Bewegungsstrategien entwickeln. Wir hoffen, Ihr habt durch diesen Text Lust bekommen, selbst in Diskurse zu intervenieren. Wir sind gespannt und erreichbar unter aabbuero@nadir.org.



WEITERE INTERVENTIONSMÖGLICHKEITEN

1. Diskurse wie der oben beschriebene „Endlager-Diskurs“ sind von Leitbegriffen geprägt, die häufig die zentralen Prämissen transportieren. Neben dem Begriff „Endlager“, sind hier die „weiße Landkarte“ und der „beste Standort“ zu nennen. Durch das Offenlegen der hinter diesen Begriffen liegenden Interessen und Strukturen kann versucht werden, diese Begriffe oder auch den ganzen Diskurs zu dekonstruieren.

2. In einem Diskurs treffen verschiedene „Wissensbestände“ aufeinander. Beispielsweise die Begriffswelt universitärer Geologen auf die Erzählungen der Betroffenen vor Ort. Wissensbestände sind dabei zusammenhängende Wissensgebäude, die in einer ihr meist eigenen Sprache verschiedene Erkenntnisse schlüssig aufeinander beziehen. Dabei können die verschiedensten Wissensbestände im Alltag sehr unvermittelt nebeneinander stehen, was häufig als Aneinander vorbeireden empfunden wird. („Ich rede davon, dass wir seit fünf Generationen diesen Hof bewirtschaften, und der kommt mit Deckgebirge.“) Die verschiedenen Wissensbestände werden in einem Diskurs in

ein meist hierarchisches Verhältnis zueinander gestellt. Bei der Suche nach einem „Endlager“ wird den Aussagen von betroffenen Anwohner_innen z.B. weniger Wert beigemessen als den Aussagen des wissenschaftlichen Wissensbestands. Das dient häufig der Verschleierung der politischen Motivationen. Eine mögliche Intervention kann nun darin bestehen, einen sehr zentralen Wissensbestand zu „entwerten“. Am Beispiel Gorleben hat Greenpeace dies mit nachhaltiger Wirkung aufgezeigt. Die hartnäckige Offenlegung der politischen Absichten in diesem Fall führte dazu, dass heute allen Beteiligten die geringe Wissenschaftlichkeit der Entscheidung für Gorleben bewusst ist – ein zentraler Wissensbestand wurde für diesen Standort entwertet, eine Lüge entlarvt.

3. Neben den Eingriffen in die Diskurse gilt es selbstverständlich weiterhin, zu versuchen die alltägliche Praxis in der „Endlagersuche“ zu skandalisieren, wie es ja sehr drastisch für die Asse erfolgt ist.

4. Wer sich in Beteiligungsverfahren „einbinden“ lässt, ist bereits gefangen



im Verfahren. Die Erkenntnisse aus den Beteiligungsverfahren der vergangenen Jahre lassen nicht vermuten, dass dies im Endlagersuchverfahren anders sein könnte. Oder, wie ein Aktivist von der AG Schacht Konrad es formulierte: „Nach den Erfahrungen in der Asse, Morsleben und Gorleben, gibt es überhaupt keinen Grund der Regierung zu vertrauen.“ Eine Teilnahme an Beteiligungsverfahren kann jedoch den taktischen Sinn haben, das laufende Verfahren zu dekonstruieren (s.o.) und Gehör für die eigene Kritik zu finden. Darüber hinaus sind Beteiligungsverfahren oft auch Chancen, an Informationen zu kommen, die ansonsten den Augen der Öffentlichkeit verborgen bleiben.



RESTLAUFZEIT

Laut Duden ist der Rest „...etwas, was von etwas weitgehend Verschwundenem, Geschwundenem noch vorhanden ist...“ Im Zusammenhang mit dem Naturschutz wäre der Rest also auf jeden Fall schützenswert, weil bedroht. Meistens jedoch stören Reste, und werden abgeschnitten oder aufgeräumt, aufgegessen oder schnell verbraucht.



Was wird suggeriert?

Bei der zentralen Wortschöpfung des „Atomkonsenses“ von 2001, der Restlaufzeit, wird also vermittelt, dass die verbliebene Laufzeit von Atomkraftwerken nicht mehr der Rede wert sei, ja das Ende der Atomkraft unmittelbar bevor stünde.

Was wird verschleiert?

Schaut mensch sich den Bundesdeutschen Atom-Kraftwerkspark von 2001 an, so wird schnell deutlich das SPD und Grüne als VertreterInnen dieses Begriffes eine sehr eigenwillige Interpretation des Dudens verfolgen. Die meisten bundesdeutschen AKW hatten nach dem Atomkonsens im Jahr 2001 noch nicht, oder gerade 50% der ihnen zugestanden Laufzeit hinter sich, das neueste Kraftwerk, Neckarwestheim 2, erst rund ein Drittel. Von „weitgehend geschwunden“ konnte also nicht die Rede sein. Durch den Begriff der Restlaufzeit wurde vor allem verschleiert, dass durch den Atomkonsens der Weiterbetrieb der AKW für weitere zwei Jahrzehnte festgeschrieben wurde. Im Gegensatz zu fixen Abschaltzeiten, wurde eine Reststrommenge garantiert, die einem Betrieb der AKW von 32 Jahren gleichkam. Statt „Restlaufzeit“ wäre der Begriff „Betriebsgarantie“ eine wesentlich genauere Beschreibung des Sachverhaltes.

MYTHOS GRÜNE WIESE

Beim Betrieb von Atomanlagen werden gesundheitsgefährdende Stoffe produziert, die für schier unüberschaubare Zeiträume lebensbedrohlich sein werden. Auch ohne einen GAU wird im „Normalbetrieb“ das Innere einer AKWs so stark verstrahlt, das Menschen für viele tausend Jahre vor diesem radioaktiven Inventar geschützt werden müssen.

Was wird suggeriert?

Vom Kernkraftwerk zur „Grünen Wiese“ – Stilllegung und Rückbau des Kernkraftwerks Würgassen heist folgerichtig die Broschüre des Atomkonzerns E-on, und die Broschüre zum Abriss des AKW Stade präsentiert als letztes Kapitel unter der Überschrift „Die Grüne Wiese“ ein Foto auf dem unter weitem blauem Himmel Schafe auf einer Grünen Wiese weiden. Alles also gar nicht so schlimm: Haben AKW ihre „Restlaufzeit“ ausgeschöpft, verschwinden sie einfach.



Was wird verschleiert?

Mehr als ein Jahrzehnt bevor Schafe genötigt werden eine Industriebrache zu beweiden, findet eine entscheidende atomtechnische Rochade statt. Mit dem Abtransport der letzten Brennelemente in ein „Zwischenlager“ oder die WAA werden rund 98% des radioaktiven Materials schon vor dem Abriss aus dem AKW entfernt. Damit verschiebt sich ein Großteil der AKW-Abriss-Problematik zu einem Problem der „Endlager Debatte“. Nach rund zehn Jahren kommen schließlich medienwirksam die Bagger, zerlegen das Kraftwerk, packen es in Kisten, die dann in einer gängigen Industriehalle (Zwischenlager) ordentlich aufgereiht abstellen werden. Keine fünf Jahre danach stehen dann die Schäfchen auf der grünen Wiese.

GRENZWERTE

Grenzen, durch Schlagbäume, Zäune oder Mauern gesichert, stellen harte geografische und soziale Einschnitte dar. Was auf der einen Seite gilt, Pass, Währung, Sprache, verliert beim Überschreiten der Grenze seinen Wert. Grenzen sind Orte an denen vieles, manchmal fast alles anders wird. Auf diese elementare Erfahrung greift der Begriff Grenzwert zurück. Ähnlich wie bei zwischenstaatlichen Grenzen, werden bei der Überschreitung von Grenzwerten Maßnahmen ergriffen und die „Ausbreitung“ eingedämmt.



Was wird suggeriert?

Alle Strahlenwerte auf der einen Seite des Grenzwertes gelten als lebensbedrohlich und gefährlich, während die Messwerte unterhalb der Grenzwerte gemeinhin als ungefährlich gelten.

Was wird verschleiert?

Strahlenmedizinisch gibt es so etwas wie ungefährliche Strahlung nicht. Schon kleinste Strahlendosen können zu Erkrankungen führen. Mit dem Anstieg von radioaktiver Strahlung steigt lediglich das statistische Risiko einer Erkrankung. Unterhalb der Grenzwerte ist mensch daher keinesfalls sicher, das Risiko zu erkranken wird jedoch als hinnehmbar gering eingeschätzt. Diese Einschätzung nehmen zumeist jedoch nicht die Betroffenen vor, sondern durchaus politisch motivierte Gremien. Grenzwerte dienen also vor allem dazu die Bevölkerung in Sicherheit zu wiegen, und das Unterlassen von Schutzmaßnahmen zu legitimieren. Würden in Japan nach dem GAU die alten „Grenzwerte“ gelten (1 Millisievert im Jahr, jetzt 20 mSv) müssten weitaus größere Landstriche evakuiert werden, die Folgen des GAUs nicht so einfach herunter gespielt werden.